

II-2307 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 21. März 1973

No. 1179/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. KOTZINA, KRAFT, Dr. ZITTMAYR, SANDMEIER, KINZL
und Genossen an den Herrn Bundeskanzler
betreffend Maßnahmen gegen Abwanderung von Arbeitskräften
im besonderen aus den oberösterreichischen Grenzgebieten.

Seit mehr als zwei Jahren befassen sich Landesregierungen und die territorialen Interessensvertretungen der Bundesländer entlang der bayerischen und Schweizer Staatsgrenzen mit den durch die immer stärker werdende Abwanderung heimischer Arbeitskräfte aus Österreich in die benachbarten Staaten (Schweiz und Österreich) entstehenden Problemen. Die Abwanderung nimmt ständig zu und ist für die Wirtschaft der betroffenen Bundesländer und insbesondere in den Grenzräumen zu einem äußerst schwierigen Problem geworden. Insbesondere die OÖ. Landesregierung hat im Zusammenwirken mit den Interessensvertretungen (Handelskammer, Arbeitskammer und Landwirtschaftskammer) nicht nur eine bezughabende Dokumentation, sondern auch einen detaillierten Maßnahmenkatalog erarbeitet, der in seiner Verwirklichung geeignet erscheint, dieser Entwicklung entscheidend entgegenzuwirken. Diese Feststellungen und Vorschläge vom März 1971 bzw. Juli 1971 wurden auch Ihnen, Herr Bundeskanzler, und den ressortzuständigen Bundesministern überreicht. Schon auf Grund der in völliger Übereinstimmung der Sozialpartner vorgeschlagenen Maßnahmen hat unter anderem die oberösterreichische Landesregierung die in ihre Kompetenzbereiche fallenden und wirksamen Hilfsmaßnahmen gesetzt.

In der späteren Folge, nämlich im Mai 1971, hat auch unter der zwingenden Argumentation der von dieser Entwicklung besonders betroffenen Bundesländer und deren Interessensvertretungen sich der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen entschlossen, eine Arbeitsgruppe mit der Untersuchung über die Heranziehung von Arbeitskräften zu beauftragen.

Diese Arbeiten wurden unter dem Vorsitz von Thomas Lachs am 24.5.1971 aufgenommen und am 22.12.1971 abgeschlossen. Sowohl von der oberösterreichischen Arbeitsgruppe als auch von der unter Vorsitz von Thomas Lachs stehenden Arbeitsgruppe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen wurden weitgehend übereinstimmende Vorschläge über gesamtösterreichische Maßnahmen erstattet, die vom Bund zu treffen sind.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche der insgesamt vorgeschlagenen Maßnahmen wurden
 - a) von der österreichischen Bundesregierung getroffen bzw. in die Wege geleitet,
 - b) von Ihnen als Bundeskanzler verwirklicht,
 - c) von den ressortzuständigen Bundesministern auf Grund Ihrer koordinierenden bzw. fördernden Wirksamkeiten gesetzt?
- 2) Warum haben Sie es bisher unterlassen, mit den in diesen Fragen zuständigen Faktoren unserer Nachbarstaaten Kontakte herzustellen?
- 3) Aus welchem Grund haben Sie es vorgezogen, in dieser so wichtigen wirtschaftspolitischen und staatspolitischen Frage statt mit den freigewählten demokratischen Repräsentanten der betroffenen Bundesländer zielführende Verhandlungen aufzunehmen und dieses Problem auf die Ebene der Sozialistischen Internationale (auf die für 1. April 1973 anberaumte Tagung in Schärding) zu verlagern?